



Offener Brief an die Landesvorsitzenden der Koalitionsparteien: Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung

Berlin, 9. Januar 2017

Sehr geehrte Frau Nina Stahr, Landesvorsitzende Die Grünen,
Sehr geehrter Herr Werner Graf, Landesvorsitzender Die Grünen,
Sehr geehrte Katina Schubert, Landesvorsitzende der Partei Die Linke,
Sehr geehrter Herr Michael Müller, Regierender Bürgermeister und Landesvorsitzender der SPD,

die am 23.11.2016 unterzeichnete Koalitionsvereinbarung zwischen den Landesverbänden von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke definiert den gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit als ein Ziel der gemeinsamen Politik. Konkret heißt es darin (auf Seite 165):

„Es ist Anspruch der Koalition, dass die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherungsnachweis sichergestellt ist. Durch eine Clearingstelle versucht sie, Menschen mit bestehendem Leistungsanspruch in die Krankenversicherung zu vermitteln. Für Menschen ohne Aufenthaltsstatus führt sie einen Notfallfonds-finanzierten anonymen Krankenschein ein.“

In Deutschland haben Menschen aus unterschiedlichen Gründen keinen Zugang zu umfassender Gesundheitsversorgung. Trotz Versicherungspflicht haben viele Menschen in Deutschland z.B. aufgrund von Beitragsschulden keinen Zugang zu ambulanter Versorgung. Migrant(inn)en aus anderen Ländern der EU können sich, wenn sie keine reguläre Arbeit und Einkommen haben, oft nicht krankenversichern lassen. Die Versicherung aus ihrem Herkunftsland wird häufig nicht anerkannt. Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus droht die Abschiebung, wenn sie für einen Arztbesuch die Kostenerstattung beantragen

Die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen setzen sich seit vielen Jahren in Berlin und bundesweit für den Zugang zu Gesundheitsversorgung unabhängig von Aufenthaltsstatus und finanziellen Möglichkeiten ein. Mit der Unterstützung von Ehrenamtlichen bekommen Menschen kostenlos und anonym Zugang zu medizinischer Versorgung.

Doch die Gewährleistung des Menschenrechts auf Zugang zu Gesundheitsversorgung ist eine staatliche Pflicht und kann nicht dauerhaft durch zivilgesellschaftliche Organisationen ersetzt werden. Die vorgeschlagenen Instrumente Clearingstelle, Notfallfonds und anonymer Krankenschein sind Schritte in die richtige Richtung zur Wahrnehmung dieser staatlichen Verantwortung.

Ausdrücklich begrüßen wir daher die Aufnahme dieser Ziele in die Koalitionsvereinbarung. **Wir bieten unsere Unterstützung bei der Ausgestaltung der Maßnahmen an** und werden die Umsetzung als kritische Partner beobachten.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg dabei, den Worten zeitnah Taten folgen zu lassen!

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der Unterzeichnenden:



François de Keersmaecker, Direktor, Ärzte der Welt e.V.

t. +49 (0) 89 45 23 081-20

m. +49 (0) 176 389 43 387

@ francois.de-keersmaecker@aerztederwelt.org

Unterzeichnende:

Ärzte der Welt e.V., Leopoldstr. 236, 80807 München

Deutsche AIDS Hilfe e.V., Wilhelmstrasse 138, 10963 Berlin

Dr. Thomas Buhk, Facharzt für Innere Medizin, Infektiologie, ICH Hamburg
Partnerschaftsgesellschaft, Grindelallee 35, 20146 Hamburg

Gesundheit für Geflüchtete, Kampagne von Medibüros/Medinetzen

Malteser Migranten Medizin im Malteser Hilfsdienst e.V., Aachenerstr. 12, 10713
Berlin

**Medibüro Berlin - Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller
Migrant*innen**, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Medibüro Kiel e.V., c/o ZBBS e.V., Sophienblatt 64a, 24114 Kiel

Medinetz Aachen e.V., c/o Café Zuflucht, Wilhelmstr. 40, 52070 Aachen

**MediNetz Bielefeld – Medizinische Flüchtlingshilfe für Menschen ohne
Krankenversicherungsschutz**, c/o AK Asyl e.V., Friedenstr. 4-8, 33602 Bielefeld

**MediNetzBonn e.V, Medizinische Beratungs- und Vermittlungsstelle für
Flüchtlinge**, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn

Medizin hilft e.V., Thielallee 1-3, 14195 Berlin